

Atommüllproblem weiterhin ungelöst

Am kommenden Wochenende fährt der nächste Castor-Transport mit hochradioaktiven Brennelementen aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague ins niedersächsische Gorleben. Ein Ereignis, das die Problematik um den Atommüll in die Medien bringt. Doch eine Lösung ist damit lange nicht gefunden. Die Castorbehälter werden in der Nähe vom Dorf Gorleben in einem oberirdischen Zwischenlager abgestellt. Die Atomindustrie hofft, dass der Müll im nahegelegenen Salzstock „endgelagert“ werden wird. Doch der Salzstock gilt als unsicher. Ein Endlager muss von einer durchgängigen Tonschicht im Deckgebirge von der Biosphäre isoliert werden. Eine solche durchgängige Tonschicht fehlt in Gorleben.

Und auch der Skandal um das Versuchsendlager Asse II zeigt, dass eine sichere Endlagerung von Atommüll gescheitert ist. In dem alten Salzstock wurden in den 60er und 70er Jahren „versuchsweise“ radioaktive Abfälle eingelagert. Schon vor Jahren wurde im Salzstock radioaktive Lauge festgestellt, die Öffentlichkeit erfuhr davon aber erst im Juni 2008.

Während die Asse bisher als „Versuchsendlager“ bezeichnet wurde, wird seitens der Atomindustrie nun bestritten, dass man von Asse Rückschlüsse auf das geplante Endlager Gorleben ziehen könnte. Es sind zwar alle Salzstöcke verschieden und es ist schwer sie zu vergleichen. Die Fehler von Asse dürfen aber nicht wiederholt werden. Gorleben darf nicht zum Endlager werden, nur weil es kurzfristig die billigere Lösung ist. Die Sicherheit muss bei der Entscheidung Vorrang haben.

Greenpeace fordert:

- Aufgabe des geplanten Endlagerstandortes Gorleben.
- Sofortiger Stopp der weiteren Atommüllproduktion. Eine wirklich sichere Form der Entsorgung für Zeiträume von mehreren Hunderttausend Jahren wird es vermutlich nie geben.
- Übernahme der nationalen Verantwortung für den Atommüll: Gesetzlich festgelegtes Atommüll-Exportverbot!
- Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für eine vergleichende und ergebnisoffene Standortsuche, um eine langfristige Entsorgungsmöglichkeit zu finden.
- Gesetzliche Festlegung der Finanzierung der Standortsuche durch die Abfallverursacher, also die Energieversorgungsunternehmen.